

allen Untertanen verhiß. Denn je schneller Chinas Wirtschaft wächst, desto weiter entfernt sich die aufsteigende Mittelschicht in Glitzerstädten wie Shanghai oder Shenzhen von den Bauern im Land.

Am Rande Xiaogangs bearbeitet Wang Shaodian, 44, mit seiner Frau ein Weizenfeld. 24 Jahre alt ist sein Traktor schon, aber er wird ihn noch viele Jahre brauchen. Nicht nur auf dem Acker, auch als Fortbewegungsmittel. Zwar könnte er sich ein Auto leisten, sagt Bauer Wang, in der linken Hand eine Kurbel, mit der er den kleinen rostigen Traktor anwerfen will. Doch er besitze keine Rentenversicherung und lege deshalb fast jeden Yuan fürs Alter zurück. Viele seiner Landsleute machen es genauso, sie sparen durchschnittlich viermal so viel wie die Deutschen.

Einen Chinesen, der als Verbraucher für die Europäer und Amerikaner einspringen soll, stellt man sich anders vor. Dabei hat sich der Alltag auf dem Land schon spürbar gebessert, betont Wang. Die wichtigste Änderung: Hu und Premier Wen Jiabao schafften die Agrarsteuer ab, die Chinas Bauern über Jahrhunderte hinweg in Armut zwang.

Kaum ein Monat vergeht, ohne dass Premier Wen irgendein Dorf besucht. Als wäre er der ranghöchste Sozialarbeiter des Landes, erkundigt er sich nach den Nöten der Menschen – ganz so, wie er es vor Monaten nach dem großen Erdbeben tat. Aber die Bauern erwarten vom Staat keine Almosen, sie wollen mehr Freiheiten. So jedenfalls habe Yan es dem mächtigen Genossen Hu gesagt, als der ihn neulich freundlich aufforderte: „Nun rede du mal!“

Die Bauern von Xiaogang möchten ihr Land wirtschaftlicher nutzen, habe Yan dem hohen Genossen geantwortet: „Wir wollen Betriebe ansiedeln, die profitabel sind und Jobs schaffen. Hier bei uns.“

Am schnellsten allerdings ließe sich Chinas riesiger Binnenmarkt ankurbeln, wenn die Bauern ihr Land besitzen und frei verkaufen dürften. Doch das ist für Chinas Kommunisten derzeit noch Kapitalismus in Reinkultur und damit tabu, vor dieser ideologischen Hemmschwelle schreckten sie auch diesmal zurück.

Zu sehr denkt die Partei noch an ihre eigenen, oft grausamen Kampagnen gegen die Großgrundbesitzer. Zu schwer auch wiegt die Furcht, der sogenannte „Sozialismus mit chinesischen Kennzeichen“ könne vollends zur Propagandaformel verkommen.

Mit der Ankündigung einer Bodenreform hat Parteichef Hu trotzdem große Hoffnungen geweckt. Jetzt müssen Taten folgen, sonst könnte er sein Gesicht verlieren – auch gegenüber Schweinezüchter Yan. Der Held von Xiaogang baut vor allem auf einen Satz, den Hu den Bauern zurief: „Ihr alle werdet künftig mehr Geld in euren Taschen haben.“

WIELAND WAGNER



Hurrikan-Schäden in der Provinz Pinar del Río: 30 Prozent der Ernte vernichtet

KUBA

Rückkehr des Comandante

Wirbelstürme haben auf der Karibikinsel die größte Versorgungskrise seit 15 Jahren ausgelöst. Havanna sucht nach einem Ausweg, doch Raúl Castro, der neue Staatschef, macht sich rar.

Trostloser kann der Anblick des Gemüsemarkts von Playa in Havanna kaum sein. An den wenigen geöffneten Ständen liegen lediglich ein paar Avocados und Limetten. Ansonsten gibt es nichts: keine Bananen, keine Maniokknollen, die hier Yuca heißen, keine Kartoffeln, keine Tomaten, keine Bohnen. „Wenn es so weitergeht, müssen wir bald dichtmachen“, klagt eine Verkäuferin.

Überall auf Kuba das gleiche Bild: Die „Agromercados“, die freien Bauernmärkte, sind leer. Flüsternd preisen Schwarzhändler in Havannas feinem Stadtteil Miramar ein paar Zwiebeln an, zum Wucherpreis von zwei Dollar pro Kilo. „Die Hurrikane sind schuld“, sagt der Verkäufer.

„Gustav“ und „Ike“, die beiden Wirbelstürme, die im August und September über Kuba fegten, haben auf der Karibikinsel die schlimmste Versorgungskrise seit anderthalb Jahrzehnten verursacht. Wie durch ein Wunder verschonten sie die Hauptstadt weitgehend, im Landesinnern jedoch herrscht Notstand.

Rund 30 Prozent der Ernte sind verwüstet, außerdem zwei Drittel der Bananen- und Yucapflanzen, auch Tabak- und Zuckerrohrplantagen liegen darnieder. Knapp 450 000 Häuser sind zerstört, darunter 5000 Schulen, Hunderttausende leben in Notunterkünften. „Eine solche Katastrophe hat es in der Geschichte Kubas noch nie gegeben“, sagte Präsident Raúl Castro.

Offiziell beträgt der Schaden mindestens fünf Milliarden Dollar, über zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. „Uns stehen sechs harte Monate bevor“, warnt der stellvertretende Landwirtschaftsminister Alcides López. Viele Kubaner befürchten gar, dass ihnen eine zweite „Sonderperiode“ wie in den neunziger Jahren droht, als die Insel nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion von Lebensmittel- und Treibstofflieferungen abgeschnitten war.

Damals hatte Staatschef Fidel Castro das Land mit eiserner Hand durch die Hungerjahre geführt. Er war dafür wie geschaffen, in Krisenzeiten blühte der Comandante auf: Jede Naturkatastrophe empfand er als Schlacht, die es unbedingt zu gewinnen galt.

Voller Bewunderung erinnern sich viele Kubaner, wie Castro bei Orkanböen und Sturzregen bis in die entlegensten Dörfer brauste, um seinen Landsleuten beizustehen. Als sich 1994 unzufriedene Jugendliche an Havannas Strandpromenade Malecón zusammenrotteten und ihrem Unmut über die Mangelwirtschaft Luft machten, fuhr der Comandante persönlich vor und beruhigte die Menge.

Seit zwei Jahren aber ist Fidel schwer krank, im Februar gab er alle Regierungsämter auf. Doch „Gustav“ und „Ike“ haben den 82-Jährigen offenbar elektrisiert, vom Bett aus riss er die Initiative an sich.



Markt in Havanna: Eine zweite „Sonderperiode“ wie in den neunziger Jahren?

Mehr als zehnmals meldete er sich seit Ende August in der Parteizeitung „Granma“ in aller Deutlichkeit zu Wort: Castro verglich die Folgen von „Gustav“ mit denen der Atombombe von Hiroshima, ätzend zog er über „Nachgiebigkeit und Opportunismus“ der kubanischen Regierung her. Man könne während eines nationalen Notstands nicht die Bitten aller „freifliegenden Vögelchen erfüllen“, nötig sei jetzt „rigorose Disziplin“. Pikant nur: Die Regierung wird von seinem Bruder Raúl angeführt.

Fidel sei „ganz klar in das Zentrum der politischen Arena zurückgekehrt“, meint der ehemalige CIA-Agent und Kuba-Spezialist Brian Latell. Womöglich war es also gar kein Druckfehler, dass Fidel seit Ende September in „Granma“ mehrmals als „Comandante en Jefe“, als Oberkommandierender, bezeichnet wurde? Diesen Titel hatte er eigentlich seinem Bruder übertragen.

Doch der war während der Hurrikan-Katastrophe abgetaucht. Nur zweimal, und da auch nur kurz, ließ er sich in den heimgesuchten Regionen blicken, zwischen den beiden Besuchen lagen auch noch 17 Tage. Raúl bat um „Geduld“ und klagte über den „mangelnden Arbeitswillen“ der betroffenen Kubaner; mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete wurde Vizepräsident Ramón Machado Ventura betraut.

„Die Leute fragen sich: Wo ist eigentlich Raúl?“, sagt Richard Haep, Vertreter der Welthungerhilfe in Havanna. Die Hurrikan-Katastrophe galt als erste Bewährungsprobe für den neuen Präsidenten – viele Kubaner, die ihre Meinung nur hinter vorgehaltener Hand äußern, finden, Raúl habe in der Stunde der Not versagt.

Fidel nutzt die Gelegenheit zur Abrechnung mit all den zaghaften Reformen, die Bruder Raúl in den vergangenen Monaten angeschoben hat. Siech oder nicht: Er ist weiterhin Generalsekretär der Kommunistischen Partei – und von dieser Position

aus wendet er sich wie früher ans Volk. „Der Kampf muss vor allem von unserer ruhmreichen Partei geführt werden“, beschied er die Kubaner in „Granma“ und rief den Lesern in Erinnerung, dass Raúl nur „Zweiter Sekretär“ der KP sei.

Wie zu seinen besten Zeiten zog der Comandante über „Privilegien, Korruption und Diebstahl“ her: „Es gibt Länder, in denen darauf die Todesstrafe steht“, drohte er. Die Partei werde jede Abweichung vom sozialistischen Ideal „auf reife und effiziente Weise“ bestrafen.

Kubanische Wirtschaftsexperten hatten nach den Hurrikänen eigentlich darauf gehofft, dass Raúl nun erst recht die Liberalisierung der Wirtschaft vorantreiben würde. Jetzt sei „nicht der Moment, um Strukturereformen zu verschieben, sondern um sie zu beschleunigen“, meint Pavel Vidal vom „Zentrum für kubanische Wirtschaftsforschung“ in Havanna.

Doch die Regierung schwenkt offenbar auf den vom Krankenlager vorgegebenen Kurs. Sie intervenierte in den Bauernmärkten, auf denen die Preise von Angebot und Nachfrage bestimmt werden, und setzte für 16 Produkte Höchstpreise fest. Viele Bauern halten seither ihre Waren zurück, da sich der Verkauf nicht lohnt.



Kontrahenten Raúl, Fidel Castro
Abrechnung mit den Reformen des Bruders

Zugleich explodierten die Transportkosten, weil die Regierung im September die Preise für Diesel und Benzin fast verdoppelte.

Den bislang blühenden Schwarzmarkt unterdrückt das Regime weitgehend. Der Dissident Elizardo Sánchez berichtet, illegale Händler würden im Schnellverfahren verurteilt. Für einen Mann, der Mehl verschoben hatte, habe die Staatsanwaltschaft zwölf Jahre Haft gefordert.

Die Regierung versucht, den Engpässen mit der „Libreta“ beizukommen, der Lebensmittelkarte. Sie stockte die Menge jener Waren auf, die man mit ihrer Hilfe erhalten kann. Doch in den meisten Staatsläden sind die Regale leer. Um bis zum Monatsende zu kommen, waren die meisten Kubaner immer schon auf die freien Märkte angewiesen – wo es zurzeit aber kaum etwas zu kaufen gibt.

Rund 80 Prozent aller Lebensmittel auf Kuba werden importiert, dabei liegen Hunderttausende Hektar kultivierbares Land brach. „Hier könnte überall Getreide stehen“, seufzte Raúl Castro vor Jahren, als er mit dem deutschen Sozialwissenschaftler Heinz Dieterich durchs Land fuhr – auf beiden Seiten der einzigen Autobahn erstrecken sich Grünflächen. Die Regierung hat jetzt begonnen, Land an private Bauern zu verteilen. Doch die erste Ernte lässt sich frühestens in sechs Monaten einfahren.

Bis dahin wird Havanna auf ausländische Hilfe angewiesen sein, bislang fließt sie aber nur spärlich. Vergebens bat Fidel Castro die USA darum, wenigstens für sechs Monate das Handelsembargo aufzuheben – in der Hoffnung, dass die schlimmsten Folgen der Stürme dann überwunden sind. Eine magere Spende von 100 000 Dollar, die später auf 5 Millionen aufgestockt wurde, wies der stolze Comandante zurück. Spanien dagegen engagiert sich stark für seine ehemalige Kolonie und ist dabei, Hilfen im Gesamtwert von 24,5 Millionen Euro zu organisieren.

Von der Europäischen Union nahm Havanna bis vor kurzem keine Hilfe an – wegen des Streits um die Behandlung von Regimegegnern lagen die Beziehungen seit 2003 auf Eis. „Gustav“ und „Ike“ zeigen auch hier Wirkung. Zum ersten Mal seit fünf Jahren fuhr vorvorige Woche wieder ein hoher EU-Funktionär nach Havanna: Louis Michel, der EU-Kommissar für Entwicklungshilfe. Zusammen mit Außenminister Felipe Pérez Roque unterzeichnete er eine Erklärung, wonach beide Seiten ihre Zusammenarbeit wieder aufnehmen wollen.

Die Kubaner machten allerdings zur Bedingung, dass die Souveränität beider Seiten respektiert werden müsse. Das bedeutet: Die Europäer dürfen Hilfsleistungen nicht mehr von der politischen Lage auf der Insel abhängig machen.

Brüssel hat das offenbar akzeptiert. EU-Kommissar Michel kündigte jedenfalls eine Hurrikan-Soforthilfe von zwei Millionen Euro an.

JENS GLÜSING